

Leipziger Tageblatt

Handels-Zeitung

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig

Nr. 61

Haupt-Verleger: Dr. Coerth, Leipzig

Sonnabend, den 2. Februar

Verlag: Dr. Reinhold & Co., Leipzig

1918

Die Beilegung des Streiks

Vermittlungsvorschlag der finnischen Revolutionäre

Kopenhagen, 2. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der Sonderberichterstatter der „Berliner Abendpost“ in Helsinki telegraphiert: Die ganze Lage in Finnland kann kurz dahin zusammengefasst werden: Die neue revolutionäre Regierung ist bereit in eine äußerst schwierige Stellung gerufen und scheint sich selbst hierüber klar zu sein. Es verläuft mit Bestimmtheit, dass sie unter der Hand den bürgerlichen Parteien einen Vermittlungsvorschlag gemacht hat. Hiernach sollen die Bürgerlichen in der Regierung vierzig Sitze erhalten.

England und die baltischen Provinzen

Köln, 2. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Der „Köln. Jg.“ mit aus Berlin gemeldet: Wie in gut unterrichteten Kreisen verlautet, soll England die Bildung eines nordischen Bundes anstreben, der aus den skandinavischen Mächten, Finnland und den baltischen Provinzen bestehen soll. Einer Ausdehnung des deutschen Einflusses auf die baltischen Provinzen steht England absolut feindselig gegenüber, da es hierin eine Behinderung seiner Aus- und Einfuhr nach Russland, die bisher fast ausschließlich über die baltischen Häfen ging, erblickt. Zum Schutze seiner Interessen hat England dem Vornehmsten noch Beziehungen zu englischen und lettischen Kreisen

angeknüpft, mit deren Hilfe es dem deutschen Einfluss in den baltischen Provinzen entgegenarbeiten. Im Zusammenhang mit diesem Vorgehen steht auch das Bestreben, möglichst viel Grund und Boden in den baltischen Provinzen in englischen Besitz zu bekommen.

Der deutsche Heeresbericht

Ausschl. Großes Hauptquartier, 2. Februar. Von den Kriegshauptquartieren nichts Neues. Der Erste Generalquartiermeister. Lubendorff. (W. Z. B.)

23 000 Tonnen versenkt

wt. Berlin, 1. Februar. (Ausschl.) Im mittleren und westlichen Mittelmeer wurde in letzter Zeit besonders der Transportverkehr nach Italien und Frankreich gestört. Dabei wurden fünf Dampfer und ein Segler mit über 23 000 Brutto-Register-Tonnen versenkt. Die Dampfer waren bis auf einen demontiert und meist tiefbeladen. Die Mehrzahl wurde in geschicht durchgeführten Angriffen aus stark getarnten U-Booten herausgeholt, darunter ein großer Truppentransportdampfer, der unter starker Zerstörerbedeckung fuhr und also wohl besonders wertvoll war. Der versenkte englische Segler „Maria P.“ war mit Wein nach Malta unterwegs. Der Chef des Admiralfleets der Marine.

Groß- und Kleingrundbesitz in den Ersten Kammern

Im Wahlrechtsauschuss des preussischen Abgeordnetenhauses unterhält man sich zurzeit über die Frage, wieviel Vertreter der Großgrundbesitz, wieviel Vertreter des Bauerntums zum Herrenhaus künftig entsenden soll. Diese Fragestellung, die ja auch für die sachliche Reform Bedeutung erhalten kann, muß in dieser Form abgelehnt werden, weil sie verkehrt ist. Goll die Vertretung des Herrenhauses ein Bild von der Gesamtheit werktätiger Arbeit bilden, dann hat der Grundbesitz an sich überhaupt keine Berechtigung, im Herrenhaus vertreten zu sein. Ein Fideikommissbesitzer, der seine Güter verpachtet hat, ist lediglich Grundkapitalist. Die Landwirtschaft kann er überhaupt nicht vertreten. Sie zu vertreten, sind seine Pächter, deren Angestellte und Arbeiter berufen. Genau so steht es mit der Vertretung des Domänenbesitzes. Wenn der Staat, der ja heute als „Grundherr“ sogar als Wapler austritt, z. B. bei den Wahlen zum Reichstag, nun auch, weil er Grundherr ist, als Wähler zum Herrenhaus auftreten soll, so widerspricht eine solche Stellung grundsätzlich dem Begriff der Volksvertretung, die der Staatsregierung gegenübersteht.

Vertreten sollen werden die wirklich im Beruf stehenden Landwirte, ob große, ob kleine. Sie, nur sie sind berufen, die Landwirtschaft zu vertreten, nicht aber das landwirtschaftliche Großkapital, sofern es eben rein kapitalistisch den Grundbesitz als Ursprung der Rente, als Grundlage der Grundrente behandelt. Kein Mensch spricht davon, den Großaktionären der Werke einen Einfluss auf den Staat zu gewähren, indem man ihnen eine Vertretung im Herrenhaus gibt, sondern den leitenden Köpfen der Großindustrie soll Sitz und Stimme im Herrenhaus gewährt werden.

Wie soll nun die Vertretung verteilt werden zwischen den verschiedenen Betriebsgrößen? Welchen Einfluss auf den Gang der Staatsgeschäfte sollen die Inhaber, die Betriebsleiter der Betriebe der einzelnen Betriebsklassen haben? Und wie geht es überhaupt an, geschlecht eine Zahl festzulegen für alle Zeiten, während es doch möglich, sogar wahrscheinlich ist, daß in immer verstärktem Maße die bäuerliche Scholle vordringt auf Kosten des landwirtschaftlichen Großkapitals? Es hieße die Wirtschaft einzwängen in ein Schema, das, gesetzt den Fall, es treffe heute den wirklichen Zustand, mit jedem Tage sich verändern kann und verändert, das sich grundlegend verändern wird mit dem Umschwung gewisser Auffassungen oder unter dem Einfluss wirtschaftlicher, ja sogar der technischen Entwicklung.

Und dann: man will doch Kriegsteilnehmer ansiedeln im großen Maßstabe, auf selbständigen bäuerlichen Kleinbetrieben; hat man übersehen, daß man diese gewaltige Zahl von berechtigten Annäherern auf Einfluss und Teilnahme am Herrenhaus entwerfen, wenn man schon heute für alle Zeiten festsetzen will, ob und wie weit sie und ihre Nachkommen im Herrenhaus vertreten sein sollen?

Wenn man einen Maßstab sucht oder eine Antwort auf die Frage: welche Bedeutung hat der Großbetrieb und welche der Kleinbetrieb in der allgemeinen Wirtschaft, so kommt für den Staat ein besonderer, allerdings einseitiger Gesichtspunkt in Betracht: wie sind die Ergebnisse der Besteuerung? Wie viel Einkommensteuer aus der Landwirtschaft bringt die großen, wie viel die mittleren, wie viel die Kleinbetriebe? Natürlich erschöpft sich die tatsächliche wirtschaftliche Leistung und Bedeutung der einzelnen Betriebsklassen nicht in diesen direkten finanziellen Leistungen für die Staatskasse, und man kann demzufolge nicht einfach den Einfluss so verteilen, daß er dem Ergebnis jenes staatswirtschaftlichen Ertrages entspricht. Eine solche Verteilung wäre nicht aller Weisheit letzter Schluss, aber immerhin gäbe sie einen Anhalt unter anderen. Andere Anhaltspunkte für die Beurteilung der gesamtwirtschaftlichen Bedeutung der Betriebsformen ergäbe die volkswirtschaftlich entscheidende Höhe des Produktionsertrages.

Inwiefern ein Einfluss auf den Gang der politischen Dinge zu gewähren ist auf Grund gesellschaftlicher Stellung, also des sozialen Einflusses, ist eine an sich wohl aufzuwerfende Frage, die gerade bei der Zusammenziehung der Ersten Kammern in Betracht kommen kann. Jedenfalls aber kann keine Rede davon sein, daß lediglich oder auch nur vorwiegend die gesellschaftliche Stellung, z. B. der Fideikommissbesitzer, die mit dem Betrieb der Landwirtschaft nicht das mindeste zu tun haben außer als Großkapitalisten, als Rechtsquelle staatlichen Einflusses zu empfehlen wäre. Die preussische Regierungsvorlage geht darin zweifellos zu weit, so daß man sagen kann: sie läuft sich mindestens über die Stimmung im Volk und in den Schichten ab außerordentlich, wenn sie annimmt, damit dem Empfinden der Zeit zu entsprechen. Aber das glaubt sie eigentlich selber nicht, denn sie hat ziemlich deutlich ausgesprochen, daß Beweggründe geschichtlicher Natur dabei maßgebend waren.

Die russischen Republikanischen Vertreter nach Brest-Litowsk

Wasiel, 2. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die Wälfen berichten aus Petersburg: Die „Romaja Schiza“ teilt mit, daß neben den Vertretern der autonomen Republiken Sibiriens, Turkestan und des Dongebietes nach Brest-Litowsk abzureisen werden. Es sollen sich auch drei Vertreter der Lettland auf dem Wege dahin befinden.

Die Streikbewegung

Die Abgeordneten beim Kanzler

Berlin, 2. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Unserer Berliner Schriftleitung: Vor der Regierung, die durch die Vermittlung der „Nord. Wg. Jg.“ spricht, wendet sich heute auch der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands an die Öffentlichkeit. Aus seiner Erklärung, die im „Vorwärts“ abgedruckt ist, erfährt man inoffiziell kaum wesentliche Neues. Im allgemeinen wird der Verlauf der Dinge genau so geschildert, wie in der amtlichen Darstellung. Höchstens, daß man über die Entfaltung der Bewegung und die Art, wie die Streikleitung und Parteileitung zueinander kamen, ein paar Einzelheiten erfährt, die noch nicht bekannt waren. Beachtenswert ist vielmehr auch die Mitteilung, daß die sozialdemokratische Parteimehrheit offenbar bereit war, auf die Wünsche des Reichskanzlers, in bezug auf die Zusammenziehung der Kommission, mit der er verhandeln wollte, einzugehen, daß die unabhängigen Sozialdemokraten dem aber widersprochen. Die Erklärung des Parteivorstandes sucht daneben ansehentlich die Hauptstütze auf die Regierung zu schieben, die durch ihr Versäumnis gegenüber der Möglichkeit, auf den Verlauf des Ausstandes einzumachen, ausgeschlossen hätte.

Wiederaufnahme der Arbeit am Montag

Berlin, 2. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Unserer Berliner Schriftleitung: Vor der Regierung, die durch die Vermittlung der „Nord. Wg. Jg.“ spricht, wendet sich heute auch der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands an die Öffentlichkeit. Aus seiner Erklärung, die im „Vorwärts“ abgedruckt ist, erfährt man inoffiziell kaum wesentliche Neues. Im allgemeinen wird der Verlauf der Dinge genau so geschildert, wie in der amtlichen Darstellung. Höchstens, daß man über die Entfaltung der Bewegung und die Art, wie die Streikleitung und Parteileitung zueinander kamen, ein paar Einzelheiten erfährt, die noch nicht bekannt waren. Beachtenswert ist vielmehr auch die Mitteilung, daß die sozialdemokratische Parteimehrheit offenbar bereit war, auf die Wünsche des Reichskanzlers, in bezug auf die Zusammenziehung der Kommission, mit der er verhandeln wollte, einzugehen, daß die unabhängigen Sozialdemokraten dem aber widersprochen. Die Erklärung des Parteivorstandes sucht daneben ansehentlich die Hauptstütze auf die Regierung zu schieben, die durch ihr Versäumnis gegenüber der Möglichkeit, auf den Verlauf des Ausstandes einzumachen, ausgeschlossen hätte.

Inzwischen ist die Militarisierung der Betriebe, die in den letzten Tagen schon angekündigt wurde, erfolgt. Auch sonst ist die Bewegung offensichtlich abgeklüftet, so daß man wohl damit rechnen kann, daß mit Beginn der nächsten Woche die Arbeit überall wieder aufgenommen wird. Zum Ruhm der Berliner Arbeiterschaft kann schon jetzt gesagt werden, daß sie sich bis auf einen kleinen Bruchteil von den waffen Sympathie völlig ferngehalten hat. Was handwerkliche und Kramm schlag, waren in der Hauptsache die Jungburschen im Alter von 16 bis 18 Jahren mit ihren gleichaltrigen sogenannten Fremdlingen. Dazwischen befand sich natürlich auch der Auswurf aus dem dunkelsten Berlin.

Das heutige Streikbild ist im wesentlichen günstiger. Die Zahl der Streikenden ist um etwa 20 Prozent zurückgegangen. Die Stimmung unter den Arbeitern hat einer ruhigeren Beurteilung Platz gemacht. Auch zu Ausschreitungen ist es seltener gekommen, und sie tragen im allgemeinen einen harmloseren Charakter. Auch die aus dem Reich vorliegenden Nachrichten sprechen von einem starken Abflauen des Streiks.

Berlin, 2. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Unserer Berliner Schriftleitung: In der Tagespresse ist verschiedentlich erörtert worden, ob zwischen der Erklärung der einigen achtzig Angehörigen der nationalliberalen Partei zugunsten der Wahlrechtsvorlage und der Streikbewegung ein Zusammenhang besteht. Es braucht wohl kaum erst gesagt zu werden, daß ein solcher Zusammenhang nicht besteht. Der Kurier hat schon seit länger als Monatsfrist kurliert, und er ist noch längst nicht an alle gekommen, die unter Umständen bereit gewesen wären, ihn zu unterzeichnen.

München, 2. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Unserer Münchener Schriftleitung: Die Parteiführer versuchen, auf die Mengen beruhigend einzumachen. Der sozialdemokratische Vorstand hat sich als Generalkomitee des politischen Demonstrationenstreiks erklärt und aufgefordert, die Arbeit am Montag wieder aufzunehmen. Heute veröffentlichte die Partei folgenden Aufruf an die Arbeiterschaft in München: Der Gesamtschuss des sozialdemokratischen Vereins München hat einstimmig beschlossen, die Arbeiterschaft Münchens folgende Vorschläge zu unterstützen: 1. Die Führung der politischen Demonstrationen übernimmt die Parteileitung. 2. Den Streikenden der einzelnen Betriebe wird empfohlen, in ihren Versammlungen

lungen zu beschließen, am Montag, den 4. Februar 1918 die Arbeit allgemein aufzunehmen. 2. Die in Betracht kommenden Betriebe werden gleich ihre Arbeitseinstellungen bei dem Parteisekretariat an. 4. Dage wird von der Parteileitung eine gemeinsame Sitzung veranstaltet, um weitere Schritte vorzubereiten. Grundzüge hierzu ist der Vorschlag des Ausschusses der sozialdemokratischen Partei in Deutschland. In der gemeinsamen Sitzung des Parteiausschusses und der Arbeitseinstellungen werden die Personen ernannt, die mit den zuständigen Stellen zu verhandeln haben. Den Betriebsversammlungen wird der einschlägige Bericht unterbreitet, und sie haben dann selbst zu entscheiden, was zu geschehen hat.

Arbeiter, nur so wird die Sache in Bahnen geleitet, wie sie dem Interesse aller entspricht, wie sie disziplinierter Leute würdig ist. Damit ist ein Instinkt geschaffen, das jeden Augenblick richtig funktionieren kann, wenn scharfe feindliche Maßnahmen und kriegsverhängende Pläne abzuwehren sind. Arbeiter, geschloffen, selbstbewußt und diszipliniert muß gehandelt werden. Einigkeit und Gelassenheit ist das Band, das uns zusammenhält.

Kassel, 2. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Da in einigen Bezirken des XI. Armeekorps, so insbesondere in Göttingen und einigen anderen thüringischen Städten die Arbeit noch nicht aufgenommen wurde, hat der kommandierende General eine Verfügung erlassen, daß alle am Streik beteiligten Wehrpflichtigen, einschließl. der Beamten und Reklamierten, die nicht sofort die Arbeit wieder aufnehmen, in das Heer eingezogen werden.

Homburg, 2. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Unserer Homburger Schriftleitung: Der Ausstand, der sich im wesentlichen auf die Werften beschränkte, ist heute beendet worden. Die Arbeiter haben heute früh sämtlich die Arbeit wieder aufgenommen. Es hatten seit Montag im ganzen ca. 35 000 Werftarbeiter gestreikt. Zu Ruheführungen ist es nicht gekommen.

Die Haltung der sächsischen Regierung

(Drahtbericht unserer Dresdener Schriftleitung) — Dresden, 2. Februar. Gestern vormittag wollte eine von einer in Planenschen Grunde abgehaltenen Versammlung gewählte Abordnung von Streikenden im Ministerialgebäude den Minister des Innern sprechen, um ihn die in der Versammlung erhobenen politischen Forderungen vorzutragen. Der Minister hat den Empfang der Abordnung abgelehnt, da die Regierung in eine Erörterung solcher Forderungen nicht mit Privatpersonen, sondern nur mit den vorläufigsmäßig hierzu berufenen Landräthen eintreten kann.

Der Eindruck im Ausland
Wasiel, 2. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Daily Chronicle schreibt: Die Vorgänge in Deutschland schaffen eine völlig veränderte politische Lage. Angesichts dieser Tatsache darf die Entente keine Veranlassung zu Verhandlungen geben, sondern sie muß abwarten, um einen vollständigen und sicheren Sieg zu erringen. Die „Times“ melden aus Washington: „New York World“ bereitet in einem langen Artikel zur deutschen Streikbewegung auf eine Vertagung der Stellungnahme Amerikos zum Frieden vor.

Stockholm, 2. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Die Meldungen über die Streikbewegung in Deutschland werden hier mit begrifflicher Aufmerksamkeit verfolgt. Die Wälfen üben in der Beurteilung größte Zurückhaltung. Die einzige Ausnahme bildet „Politiken“, das die Kopenhagener Sensationszeitung über Anwendung von Kanonen und Maschinengewehren gegen die Streikenden und von Revolverangriffen, wenn auch mit Fragezeichen, wiedergibt.

Leiststreiks in Paris

Paris, 2. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die heutigen Wälfen melden aus Paris, daß dort die Arbeiter und Arbeitstenden der Staatsbetriebe zum Teil in den Ausstand getreten sind.

Geringe Streikgefahr in Holland

Frankfurt a. M., 2. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die „Frl. Jg.“ berichtet aus dem Haag: In Amsterdamer sozialistisch-revolutionären Kreisen wird von der verhältnismäßig kleinen Gruppe anarchistischer Arbeiter der Versuch gemacht, einen Generalstreik ins Leben zu rufen. Die Bewegung scheint indes wenig Aussicht auf Erfolg zu haben.